

Protokolleintrag vom 09.12.2015

2015/395

Erklärung der SVP-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadt Zürich in der Wachstums- und Schuldenfalle

Wieder budgetiert die Stadtzürcher Regierung ein Defizit. Ein gewohntes Bild in den letzten Jahren. Sollte die Stadt Zürich 2016 dann auch tatsächlich wieder ein Defizit ausweisen, so wären 8 von 9 Rechnungen mit Aufwandüberschüssen belastet gewesen.

Auf den ersten Blick könnte man 22 Millionen Franken mehr Ausgaben als Einnahmen (inkl. Novemberbrief) bei einem Gesamtaufwand von 8.68 Milliarden Franken als Punktlandung und rote Null bezeichnen, gerade auch, wenn man die Zahlen von Kantonen und anderen Städten betrachtet. Diese Oberflächlichkeit wäre aber genauso fatal wie verantwortungslos, denn das vorliegende Budget zeigt, wie sehr die rot-grüne Regierung in ihrem eigenen System gefangen ist, wie sehr die Abhängigkeit von gewerkschaftlichem Goodwill besteht, wie sehr das Streben nach internationaler Anerkennung vorhanden ist, wie sehr der ideologisch genährte und inszenierte Umbau der Stadt Zürich kostet, wie sehr die teils schon fast als krankhaft zu bezeichnenden Massnahmen zur Umerziehung der Menschen in dieser Stadt einschneiden, wie sehr das präsidentiale Kulturhobby der Stadtpräsidentin die Finanzen der Stadt das Portemonnaie der Steuerzahler und damit die Zukunft der Bevölkerung und der Unternehmen nachhaltig belasten.

Bringen wir es auf den Punkt: Die Zürcher Stadtverwaltung unter mehrheitlich rot-grüner Führung wurde seit 2002 mehr und mehr ausgebaut und weist Strukturen einer Firma aus der Privatwirtschaft auf. Einer Unternehmensführung eines privatwirtschaftlich organisierten Unternehmens aber, dass es fertig bringt, hintereinander 8 von 9 Mal Defizite zu produzieren oder gar zu planen, gehören sowohl Decharge wie auch Akzeptanz verweigert.

Konnte man für die letzten Jahre bei absolutem Wegschauen und grösstmöglichen Goodwill in den weggebrochenen Steuerbeiträgen der Banken allenfalls Gründe für die Defizite sehen, so fällt dieses Argument für das vorliegende Budget komplett dahin. Die Steuereinnahmen juristischer Personen werden mit sage und schreibe 248 Millionen Franken höher budgetiert als in der Rechnung 2014 sowie 190 Millionen Franken höher als mit Budget 2015. Den Banken sei Dank! Und erneut werden 49.8 Millionen Franken durch die Höherbewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG in die Bilanz gespült. Eine Höherbewertung notabene, die seitens des Finanzvorstands noch nicht einmal erwünscht war.

Es ist geradezu grotesk, dass ausgerechnet die rot-grüne Stadt Zürich, die Stadt mit der langjährigen Mehrheit aus Kapitalismusüberwindern und ihren Helfern im Parlament auf gerade diesen Kapitalismus angewiesen ist. Genauso grotesk ist es, dass die rot-grüne Regierung mit ihren linken Verfechtern, die in diesem Rat regelmässig dazu aufrufen, dass Land und Boden niemals Privaten gehören dürften, darauf angewiesen ist, dass die Grundstückgewinnsteuern mittlerweile wiederholt um 100 Millionen Franken höher ausfallen als in den Jahren zwischen 2005 und 2010. Das ist nicht zuletzt eine Folge des den Banken aufgezwungenen Umbaus in der Eigenkapitalstruktur und damit auch nicht fortschreibbar.

Die Steuereinnahmen steigen zwischen 2010 und 2016 um satte 473 Millionen Franken, während die Entgelte um 500 Millionen Franken zunehmen. Ein Mehrertrag in der Grössenordnung von 973 Millionen Jahren reicht also nicht mehr aus, um eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren oder um Eigenkapital zu schaffen. Es ist ganz offensichtlich, dass das Wachstum der Stadt an seine finanziellen Grenzen stösst, zumal sich das Bevölkerungswachstum nicht in stabilen Pro-Kopf-Steuereinnahmen auszahlt. Betrug das Steuereinkommen pro Einwohner 2010 noch 3'749 Franken sind es 2016 gerade einmal noch 3'487 Franken. Vielleicht ist das auch ein Zeichen des Lohndrucks durch die ach so notwendigen zugewanderten Fachkräften? Die Stadt Zürich befindet sich ganz offensichtlich in der Wachstumsfalle.

Was aber mit Blick auf künftige Generationen ganz besonders besorgniserregend ist, ist das Schuldenwachstum. Daran wird auch HRM2 nichts ändern. Das Fremdkapital beziehungsweise die Bruttoschulden der Stadt Zürich wachsen seit 2005 auf Budget 2016 um mehr als 3 Milliarden Franken. Es dürften Ende 2016 10.5 bis 11 Milliarden Schulden aufgetürmt worden sein. Diese Zins- und Schuldenfalle ist doppelt gefährlich: einerseits werden Zinserhöhungen bei Fälligkeiten voll durchschlagen, andererseits werden Sparer, Arbeitnehmer und Pensionierte aufgrund der schlechten Verzinsung ihrer Guthaben dereinst immer weniger Geld zur Verfügung haben.

Die SVP warnt seit Jahren vor diesen sich immer deutlicher abzeichnenden und sich bewahrheitenden Szenarien und gibt deshalb auch dieses Jahr Gegensteuer und übernimmt Verantwortung. Auch dann, wenn es durchaus unangenehm sein kann. Um unserer Verantwortung Nachdruck zu verleihen, haben wir unsere Budgetanträge deutlich reduziert und uns vermehrt auf grössere eigene Anträge oder, in Kompromissen, auf die Anträge andere Parteien konzentriert.